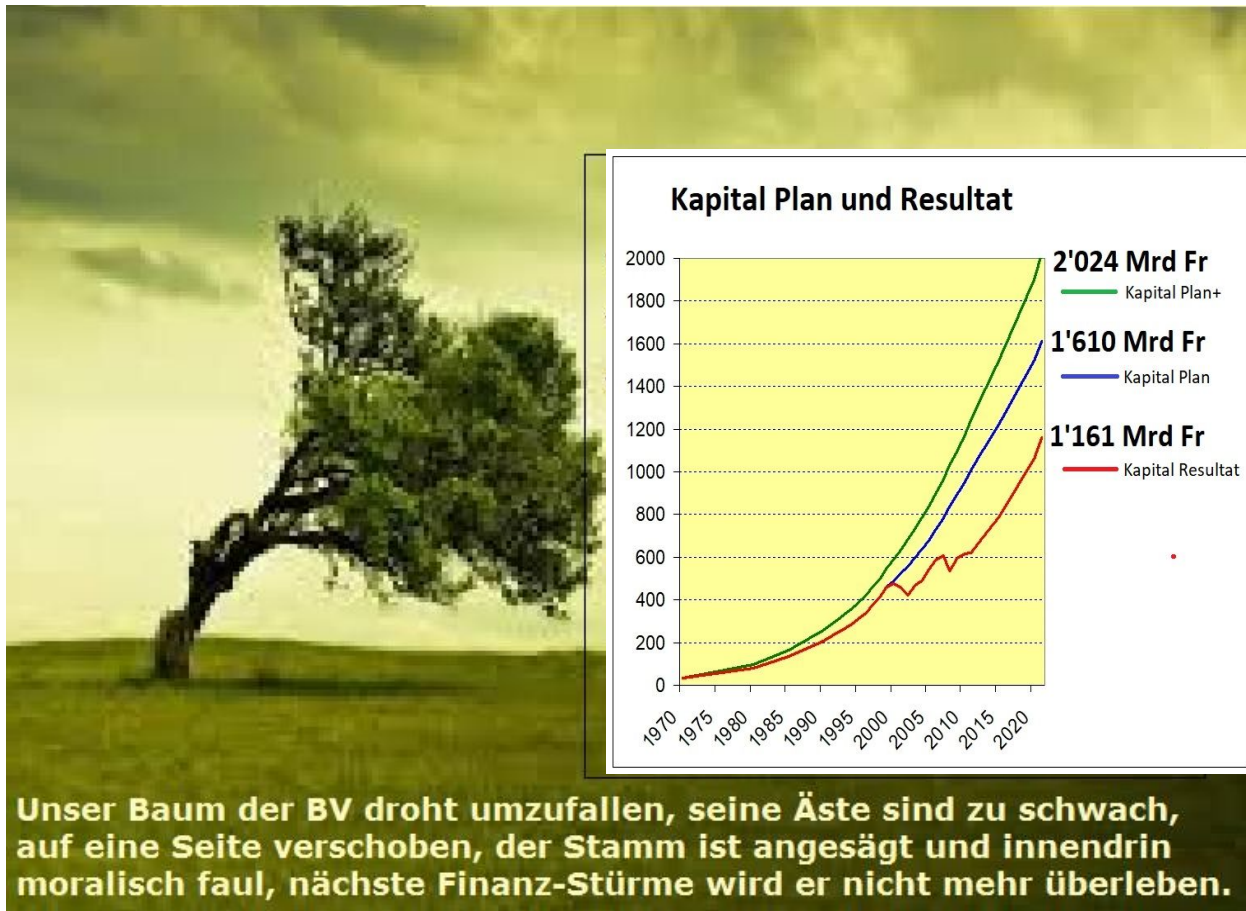


Analyse der Altersvorsorge

für Masterplan

"Rettung Gesellschafts-Vertrag der Schweizer Pensionskassen"



1. Vorbemerkungen zum Umfeld der Schweizer Altersvorsorge

2. Detail-Analysen der Probleme unserer Pensionskassen

Entwurf Masterplan integriert

Quellen, Beilagen in separaten Files

Nov 2014, nachgeführt, gekürzt 2024

Es wurde im Nov 2014 versucht, zum rascheren Ueberblick

am Ende jedes Kapitels die Folgerungen aus der Analyse der Daten zusammenzufassen,

auf mögliche Verbesserungen hinzuweisen

grosse Fehler und Gefahren zu bezeichnen.

Masterplan

"Rettung Gesellschafts-Vertrag der Schweizer Pensionskassen"

1. Vorbemerkungen zum Umfeld der Schweizer Altersvorsorge:

"Höchste Zeit für eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik!"

Wir wurden als Management-Berater angehalten, in Unternehmens-Analysen immer zuerst das Umfeld zu analysieren, mit seinen Trends und möglichen Auswirkungen auf Zielsetzungen und Produkte des Unternehmens. Dann erst konnten Betriebsbuchhaltungen, im Detail und in der Zeitreihe, uns Hinweise auf **innere Probleme** geben. Dies ermöglichte uns dann, zuerst (Verkaufs-) Massnahmen im und für das Umfeld zu verstärken und erst dann kleinere bis grössere, organisatorische und technische Verbesserungen umzusetzen. Reine Redimensionierungen und Sparübungen endeten meist mit dem Tod des Unternehmens.

Auch im folgenden Fall der AV (2020) ist dieses Umfeld wichtig: Wenn der Finanzplatz Schweiz noch so funktionieren würde wie vor 2000, mit voraussehbaren Entwicklungen an den Börsen und mit stabilen Zinsen im Kreditgeschäft, müssten wir heute keine grossen Massnahmen zur Rettung unserer AV ergreifen.

Aber heute macht sich die grosse Mehrheit unserer jüngeren Bürger Sorgen um ihre Vollbeschäftigung bis zur Pensionierung, und die Älteren fürchten sich vor dem Verlust der wohl-verdienten Rente.

Mit Recht! Bundesrat, Verwaltung, Parlament und Nationalbank wollen die Erfolgs-Story ihrer Bürger, mit den riesigen Ersparnissen und den riesigen Kapitalien der Pensionskassen ("PKs") und Lebensversicherungen, beenden. Bundesbern geniert sich offensichtlich an der Tatsache, dass alle Länder um uns herum uns beneiden, um diesen Erfolg und um das viele private Geld und die daraus resultierende persönliche und staatliche Freiheit. Und Bundesbern will alles unternehmen, diesen Reichtum zu mindern, die Bürger in die Abhängigkeit der Öffentlichen Hand zu überführen, so wie das die Staatsführer um uns herum, mit letzter Konsequenz und grossem "Erfolg" vormachen.

Auch wir sollen zum EU Alters-Pekariat kompatibel werden.

Es war 1970 die Idee des Gesetzgebers für den "Schweizer Gesellschaftsvertrag des 20.Jh.": Unternehmer und Arbeitnehmer zu beteiligen an der beschleunigten Bildung von Kapital und Wohlstand. Damit ein tragfähiges finanzielles Fundament zu bauen, für den im internationalen Umfeld zunehmend Kapital-intensiveren Ausbau der Industrie und für den zunehmend Kosten-intensiveren Ausbau der Öffentlichen Hand, und damit für eine wachsende Volkswirtschaft ohne Verschuldung und mit gesicherter Altersvorsorge.

Dazu besass die Schweiz immer noch keine anderen Ressourcen, als die Arbeit ihrer gut ausgebildeten Bürger in den gut ausgerüsteten Fabriken, mit der mehr Wert geschöpft und mehr Produkte hergestellt, als im Inland konsumiert werden konnten. Und mit diesem Mehrwert aus Arbeit sollten mehr Kosten der "ertragslosen" Öffentlichen Hand direkt bezahlt werden können, und es sollte mehr Kapital angespart werden können, für die Investitionen der Industrie und für die Altersvorsorge der Arbeiter.

Die PKs der Betriebe hatten bis dahin die angesparten Gelder vor allem in Darlehen an die eigene Firma begeben, nun sollte der gesamte Kapitalmarkt damit bedient werden können.

In nur einem Arbeitsleben wurde dieses Ziel auch erreicht: Von einem Kapital von ca 32.5 Mrd Fr im Jahr 1970 stieg dieses auf 475 Mrd Fr um 2000, 720 Mrd Fr um 2012 und auf 1'161 Mrd Fr in 2021.

Parallel dazu äufneten die Lebensversicherungen und die Versicherungen der 3.Säule ihre Kapitalien, so dass per 2012 in der Finanzierungsrechnung der Schweiz unter "Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen" ein Total von 720 + 186 Mrd Fr stand.

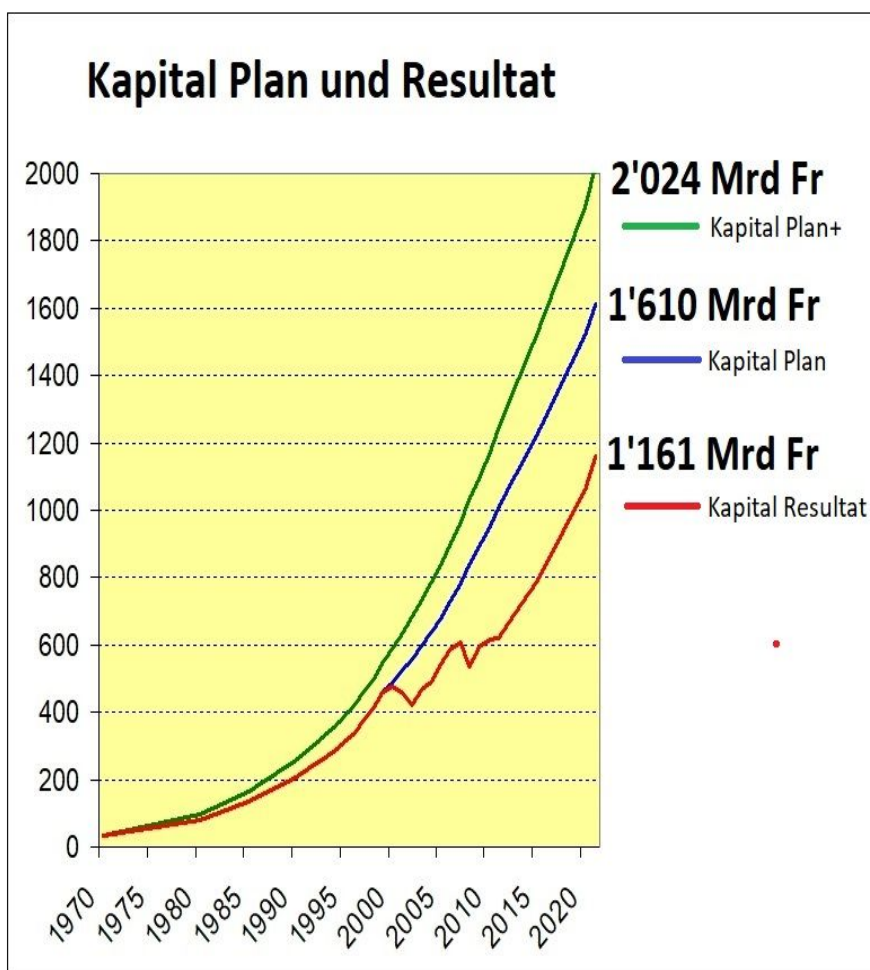
Aber seit 1998 haben Finanzminister, die den Spekulanten der Investment-Mega-Banken verpflichtet waren, mit ihrer Politik die wichtigen Stützen des Schweizerischen Finanzsystems kaputt gemacht.

Wir müssen verärgert zur Kenntnis nehmen, dass unsere Kaufkraft nicht mehr unserer Wirtschaftsleistung entspricht. Während zB der Deutsche mit seinen erarbeiteten Euros ca 3.3% weniger kaufen kann als der Referenz-Konsument in den USA, muss sich der normale Schweizer mit einem 46.5% kleineren Warenkorb begnügen.

Die Nationalbank, u.a. mit ihren Wechselkurs-Manipulationen, zusammen mit der Bundes-Finanzpolitik, diese u.a. mit ihren geschützten Import-Monopolen plus Steuern und Gebühren auf allem, was durch ihre Hände geht, stehlen uns Aktiven- und Rentner-Bürger fast die Hälfte unserer Kaufkraft. Wir zahlen für unseren Lebensunterhalt 80%(!!) mehr als ein Deutscher. [2014 und 2024!]

Unsere Politiker müssten uns vor diesem Diebstahl an unserer Kaufkraft schützen! Und nicht (nur) sich mit kleinen Änderungen hinter dem Komma, - nach unten natürlich -, an den "Prozenten des Umwandlungssatzes" ablenken lassen.

Auch der "Stamm" unseres PK-Vermögens wurde "angesägt".



Und so zeigt das zu analysierende Resultat 3 Kurven

Grafik 1 : Szenarien Anstieg des Sparkapitals der BV 1970 bis 2021. [aus BV_Financien Detail 1987-2021.xls]

"Kapital Resultat" rot zeigt die per Ende Jahr ausgewiesenen Kapitalien der BV. (Ende 2021 ca 1'161 Mrd Fr)

"Kapital Plan" blau zeigt, wie sich die kontinuierlich zunehmenden "Einnahmen" (=Beiträge der Aktiven Versicherten + Kapitalerträge brutto) zum Total des möglichen Sparkapitals hätten aufbauen sollen, über 2000 hinaus. (Ende 2021 ca 1'610 Mrd Fr)

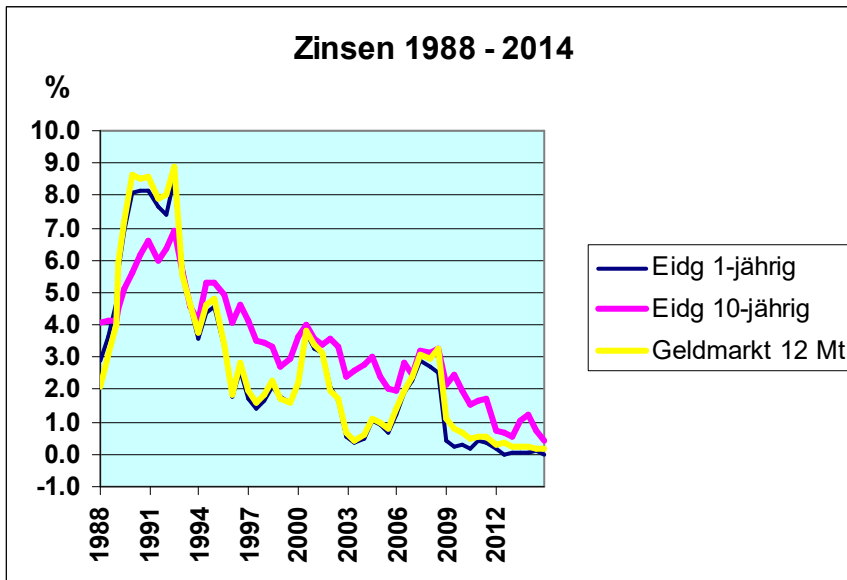
"Kapital-Plan+" grün zeigt die Einnahmen, bereinigt um die betrügerisch verrechneten Vermögensverwaltungs-Kosten und um die sog. "Nettozahlungen" an die Versicherer. (Ende 2021 ca 2'024 Mrd Fr)

Also turnen wir in unserer Analyse um diesen "Stamm" der BV.

2. Detail-Analysen der Probleme unserer Pensionskassen

Analyse Problem 1 : Immer geringere Zinserträge auf dem angesparten Kapital.

Seit Mitte der 90er Jahre hatten sich die Zinsen auf langjährigen Obligationen des Staates nach unten bewegt und 2003 erstmals 3% unterschritten. Nun wurden Versicherungs-Experten und Politiker der Linken aktiv, verlangten vom Bundesrat Antworten und Berichte zur Zukunft der Altersvorsorge.



Grafik 2 :
Zinsen 1988 – 2014
[SNB Zinsen 1988-2014.xls]

Die Auswirkungen der ungenügenden Zinserträge sind verschieden:

Wenn die AHV auf ihrer Kapitalreserve von ca 49 Mrd Fr (grundsätzlich grösser als 1 Jahr Ausgaben = ca 47 Mrd Fr in 2021), keinen "korrekten" Zins mehr kriegt, - von der Eidgenossenschaft(!) übrigens -, fehlen ihr bald einmal 1.7 Mrd Fr im Jahressaldo. Wenn dann auch noch die Kapitalgewinne, =1.2 Mrd Fr in 2021, "wegfallen sollten", dann wäre das ertragslose, damit nutzlose Vermögen in ca 25 Jahren aufgebraucht.

>> **"Ja nun! Darüber wollen wir uns später den Kopf zerbrechen!"**

Aber für die BV sind fehlende Zinserträge auf den Alterskapitalien absolut katastrophal; das zeigen die Rechnungen der Ecofin-Studie von 2008:

"Herr Miittel" ging da in Pension, mit 500'000 Fr Alterskapital und startete mit 34'000 Fr Rente pro Jahr. Bei einer Netto-Verzinsung seines Restkapitals von nur 1%, 2% oder 4% und einer Inflations-Anpassung seiner Rente um 0.5% /Jahr, würde er nur 15¹/₃, 16²/₃ oder 20¹/₂ Jahre lang mit gutem Gewissen von seinem eigenen Ersparten zehren können; verzichtete er auf Renten Anpassungen, brächte dies auch nur minime Verlängerungen auf 16, 17¹/₃ oder 22 Jahre.

Tabelle 1 : Gedeckte Rentenjahre bei versch. Verzinsungen des Restkapitals

Netto-Verzinsung Restkapital	1 %	2 %	4 %	5 %	6 %
gedeckte Rente bei +0.5% Anpassung/J bei Umwandlungssatz 6.8%	15 ¹ / ₃ J	16 ² / ₃ J	20¹/₂ J	23 ² / ₃ J	29 J
gedeckte Rente ohne Anpassung bei Umwandlungssatz 6.8%	16 J	17 ¹ / ₃ J	22 J	26 J	33 ¹ / ₃ J
gedeckte Rente bei +0.5% Anpassung/J bei Umwandlungssatz 6%	17 ¹ / ₂ J	20¹/₄ J	24³/₄ J	35 ¹ / ₃ J	

Pro memoria: Seine Lebenserwartung war 2008 ca +15 J (Frauen +19 J), ab 2050 ca +20 J (Frauen +25 J).

Wie obiges Rechenbeispiel zeigt, könnte bei stabilen Zinsen um zB 4%, der Umwandlungssatz 6.8% für Männer und 6.0% für Frauen bis 2050 angewendet werden.

Analysieren wir, warum es nicht möglich sein soll, auf unserem PK- und Spar-Vermögen einen Zins von zB 4% zu erreichen; am besten anhand der Zahlen unserer Staatsbank ZKB:

Die ZKB hat einen Anteil von über 50% an allen Bankgeschäften im Kanton. Ca 360'000 Haushalte kriegen ihre Löhne und Renten auf ein Konto bei der ZKB überwiesen und lassen das Geld dort liegen, bis sie es brauchen: ca 103 Mrd Fr Kundengelder hat die ZKB 2022 in ihrem Tresor, ca 287'000 Fr pro Haushalt. Neben diesem riesigen Haufen Geld liegen noch bescheidenere 2.4 Mrd Fr Kapital, plus 10.9 Mrd Fr aufsummierte "Reserven" aus Gewinnen früherer Jahre.

Merke: Die Bank selber hat kein eigenes Geld, nur "unser" Geld!

Tabelle 2 : Zinsengeschäft der Zürcher Kantonalbank

[Mio Fr]	2004	2006	2008	2010	2012	2022
Kundengelder	53'973	56'264	72'010	73'942	94'187	103'396
Kundenausleihungen	53'057	58'300	64'390	71'094	78'552	107'341
Hypotheken	47'178	51'483	53'899	62'021	67'371	96'838
Festhypothek, 10 J	4.5 – 3.9%	3.6 – 4.2%	4.2 – 4.7%	3.3 – 2.6%	2.2 – 2.0%	2.0%
Zins + Diskontertrag	1'745	2'356	2'914	1'780	1'722	1'871
Zinsaufwand	838	1'236	1'591	682	568	479
Ausschüttung an Kt	197	341	352	379	374	490
Gewinn-Reserven	3'594	4'918	5'511	6'255	6'860	10'891

Neben dem Geld liegen in einem anderen Fach des Tresors noch Hypotheken- und Kredit-Verträge, dh Dokumente für den Teil unseres Geldes, den die Bank an Kunden in Form von Krediten ausbezahlt hat (nein falsch: überwiesen hat, sehr oft an ein anderes Konto auf der Bank). Total zählt die Bank ca 107 Mrd Fr Kundenausleihungen, davon ca 97 Mrd Fr Hypotheken; 2012 ca 83% für Wohnliegenschaften.

Merke: Die Bank begibt mit "unserem" Geld Hypotheken und Kredite, zB an KMUs. Die Bank erwähnt in ihrem Geschäftsbericht noch 2012 mit Stolz, dass sie alle Kundenausleihungen rein mit anvertrauten Kundengeldern finanzieren kann.

Am Ende des Jahres 2022 hat die Bank einen Gewinn von 1'044 Mio Fr, davon schüttet sie 490 Mio Fr an Kanton und Gemeinden aus. **Trotz den grossen Krisen im Finanzmarkt kann die Bank ruhig ihre Gewinn-Reserven erhöhen, jedes Jahr um über 400 Mio Fr.**

2008, nach der Finanzkrise, stellte der Bankpräsident uns Kunden die jährliche Ausschüttung an den Kanton so dar: "Von der Gewinnausschüttung profitieren der Kanton und die Gemeinden direkt. So erhält jede Einwohnerin und jeder Einwohner umgerechnet rund 266 Franken von der ZKB."

Ich antwortete damals (und heute): "Lieber Herr Präsident, wenn wir als Geldgeber für "unser" Geld bei Ihnen keinen Zins mehr kriegen, und wenn wir bei Ihnen für einen Kredit von "unserem" Geld 10% Zins bezahlen müssen (nach Erfüllung aller Kredit-Kriterien!), dann hat das nichts mehr mit dem Leistungsauftrag einer Kantonalbank zu tun. Und wenn Sie am Ende des Jahres noch 352 (490) Mio Fr an den Kanton abliefern, dann empfinden wir Kunden dies nicht als Geschenk an uns, sondern dann ist das nichts anderes als noch einmal 1'130 (1'360) Fr Steuern, die Sie jedem Kundenhaushalt abschröpfen!"

Die Rechnungen unserer Kantonalbank zeigen, dass die Hypothekarzinsen "nahezu beliebig" angesetzt werden konnten, und könnten. Auch gegen eine Festsetzung bei zB 5 - 6%, damit Sparguthaben-Zinsen von zB 4% bezahlt werden könnten, gibt es keine echten Argumente.

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
1	<p>Der Zins, den Staat und Banken für Darlehen von Privaten Haushalten und ihren PKs bezahlen, ist ungenügend.</p> <p>(Als Negativ-Zins auf (von der SNB geplantem!) bargeldlosem Lohn und Vermögen zerstört er die wesentlichsten Grundlagen unserer Gesellschaft des christlichen Abendlandes.)</p>	<p>Dieser Zins muss vom Gesetzgeber sofort festgelegt werden, bei minimal 4%.</p> <p>Staat und Banken müssen <u>Darlehen wieder bei den Privaten Haushalten und ihren PKs aufnehmen</u>.</p>	<p>Der "Kapitalertrag brutto" der PKs sollte sich mindestens verdreifachen auf jährlich ca 30 Mrd Fr und mit dem Kapital "mitwachsen".</p> <p>PK-Vermögen der Aktivversicherten und Restkapital der Rentner können genügend verzinst werden.</p>

Analyse Problem 2 : Immer grössere Einbrüche im Plan für die Kapitalbildung.

Bis 2008 schien die Welt der PKs noch in Ordnung, siehe Grafik 1.

2001/02 "war zwar die Dotcom-Blase geplatzt" und hatte einen Knick in die bisher schön ansteigende Kurve der Kapitalbildung gebracht: **Statt "geplanten" ca 45 Mrd Fr Kapitalgewinn, mussten die PK-Verwalter "heimlich" 75 Mrd Fr Kapitalverluste verbuchen!**

Aber da *"das Ganze sich ja vor allem in den USA abspielte"* und die Börsenkurse sich schon 2003 *"rasch erholten"*, ging man schnell und erleichtert wieder zur Tagesordnung über.

2007/08, als "Folge der Bankenkrise in den USA", bricht die versprochene Sparkurve wieder schmerzhaft ein: **Statt "erwarteten" ca 64 Mrd Fr Kapitalgewinn, müssen die PK-Verwalter, wieder "heimlich", 94 Mrd Fr Kapitalverluste verbuchen!**

2009 *"entschädigt uns wieder, mit der bis anhin grössten absoluten Kapitalwertänderung"*.

2010/11, zum neuen Ärgernis, fährt der Euro in die Krise, wird aber "mit starker Hand" von SNB und EZB gerettet. Trotzdem "reagiert" der Schweizer Kapitalmarkt: **Statt "erwarteten" ca 82 Mrd Fr Kapitalgewinn, müssen die PK-Verwalter, wieder "heimlich", 9 Mrd Fr Kapitalverluste buchen!**

Die SNB wertet unsere Ersparnisse gegenüber dem Euro und den stabileren Weltwährungen um 20% ab.

2012-2014 boomen die Aktienmärkte, nicht aber die unterliegenden Unternehmenserträge, als Folge der unlimitierten Geldmengen, welche FED und EZB (nur) den Investment-Banken für ihre Derivate-Transaktionen zur Verfügung stellen: PKs und Private Haushalte bleiben sehr zurückhaltend mit Neu-Anlagen an den Börsen, überlassen den Handel praktisch den Investment-Bänkern. **Positiv: Alle Pensionskassen, ausser die öffentlich-rechtlichen, können melden, dass keine "Unterdeckung" mehr bestehe!** (Aber, was heisst das?)

Merke: Die Perioden der Verwerfungen an den Kapitalmärkten werden immer kürzer, die Ausschläge, = entgangene Kapitalgewinne plus abzubuchende Kapitalverluste, werden immer grösser: **Alle die investieren müssen, Vorsorge-Einrichtungen und Private Haushalte, haben heute Angst vor den nächsten Monaten. Alle ihre Anlageberater erzählen seit 2012 schon, dass die grosse Korrektur an den Aktienmärkten und im Euro kommen müsse, und dass die Investment-Bänker sich schon darauf vorbereiten und darauf spekulieren. (Gilt 2024 wie 2014!)**

Was hatte sich denn um 2000 geändert, in der Vermögensverwaltung und an den Börsen ?

Unsere Schweizer Grossbanken waren vorher die besten Geschäftsbanken Europas, die grössten, weil solidesten Vermögensverwalter der Welt, und auch "unsere" Kantonalbanken, bei denen wir unser Sparbüchlein hatten, und mit deren Obligationen und Dividenden von ein paar Aktien wir unsere AHV ergänzen wollten.

Die PKs hatten ihre Depots bei den Grossbanken, und diese kontrollierten die Kurse an der kleinen Schweizer Börse zu Gunsten dieser grossen Kunden. An der GV einer börsenkotierten Firma zeigte jede Abstimmung, dass mehr als 80% der Aktien in den Depots der PKs bei einer Grossbank lagen. Wenn eine der ganz grossen Firmen wirklich Probleme hatte und ein paar Investoren begannen, ihre Aktien auf den Markt zu werfen, traten die Grossbanken als "Staubsauger" auf und legten die eingekauften Aktien in die Depots der PKs. Für jede Aktie gab es noch ein paar Stillhalter-Optionen, mit der aggressivere Investoren auf den Kursanstieg der Aktie spekulieren konnten.

1998 fusionieren SBG und SBV zur neuen, "grössten Bank UBS"¹⁾ [Zitat aus Jahresbericht UBS]. Die Fusion wird zur Übernahme der SBG durch das Management des SBV.

Die Ziele der Megabank werden neu definiert, es geht nur noch um Maximierung: Maximierung der Grösse der Bank, Maximierung der Masse des Geschäftes, Maximierung der verwalteten Vermögen, Maximierung des Gewinnes, Maximierung der eigenen Bezüge.

1999 wird in den USA die Trennung von klassischem Investment Banking und Commercial Banking aufgehoben; der Start einer ungeheuren Entwicklung: Die UBS wird "zum grössten Akteur auf dem US-Finanzmarkt"¹⁾, mit über 30'000 Mitarbeitern in einer riesigen "Bank-City". Der grosse Stolz des Managements wird ein "Prop-Trading-Room", 3 Fussball-Felder gross, wo gegen 1000 Trader, Rücken an Rücken, sitzen und mit riesigen Volumina auf Rechnung der Bank gambeln. Ja, "Gambling" ist der richtige Ausdruck dafür:

- **Es gibt ja gar nicht so viele Unternehmen und Investitionsmöglichkeiten wie junge, hungrige Trader und gierige Team-Leaders.** Also werden Sekundär- und Tertiärmärkte geschaffen, mit Fonds und Derivaten, in denen **bis zu 1000 mal mehr Geld gedreht wird, als der unterliegende Wert hergibt.** UBS wird u.a. zum Frontrunner für "strukturierte Produkte", basierend auf den Werten von sonst nicht mehr belehnbaren, schäbigen, lower-class US-Wohnimmobilien. (Die Schweizer Steuerzahler dürfen 2009 mit 60 Mrd Fr. dafür gerade stehen.)
- **Damit man überhaupt "traden" kann, müssen die Aktien-Kurse sich nun "bewegen":** Je mehr, desto besser und **je mehr nach oben und nach unten, desto effektiver**; denn nur von der Differenz zwischen Verkauf und Kauf kann der Investment-Bänker "seinen Ertrag" generieren.

Die Unternehmenskultur der Mega-Bank wandelt sich: Wuffli und Ospel führen nur noch mit Geld, mit Riesen-Boni für die erspielten Gewinne, mit immer mehr Anreizen zum skrupellosen und kriminellen Akquirieren von vermögenden Kunden, **mit immer mehr Antreiben zu noch risikoreicheren und letztlich unethischen Eigengeschäften.** (Und die anderen Mega-Banken "*müssen mithalten*".)

Tonnenweise wird Geld und Gold aus allen düsteren Ecken der Welt nach Zürich geschleppt. Die Herkunft ist egal, das Akquirieren wird zum bestbezahlten Sport und Spass der jungen Money-Finder, auf Kontakt-Partys mit Diktatoren, Oligarchen und Rauschgift-Händlern aus Osten und aus Süden, oder im grössten Markt USA mit den berühmten Kennedys und anderen Clans aus der Zeit der Prohibition. (Andere bedeutendere Schweizer Banken müssen in den nächsten Jahren für diese Eskapaden gerade stehen.)

Mit dem vielen "schwarzen" Geld, für dessen Besitzer man keine "Rücksicht auf Verluste" nehmen muss, beginnen nun die Investment- Mega-Banken mit ihren "Wetten gegen unsere Assets":

1998 – 2002 UBS und CS geben beide jedes Jahr 6 Mrd Fr weniger Kredit als im Vorjahr an Industrie und Handel, vernichten damit in 4 Jahren über 500'000 Schweizer Arbeitsplätze, verschiedene Firmen und X Mrd PK-Vermögen. Die Firmen müssen mit ihren Produktionen ins Kredit-gebende Ausland. (Pharma-Lieferketten, etc)

1999 – 2006 UBS und CS zerstören die (verspätet) aufkeimende Schweizer Start-up-Szene, durch die Manipulation der Börsengänge und der Kurse **aller jungen Unternehmen, die sie an die Börse bringen. Mindestens 20 Mrd Fr Verluste für PKs**. Investitionen in Start-ups und IPOs, eine sinnvolle Anlage von PK-Geldern, existiert in der Schweiz kaum mehr.

2002 – 2014 UBS und ZKB rauben die PKs und Kleinanleger aus, durch ihre Manipulationen der Börsenkurse an der kleinen Schweizer Börse. zB UBS Investment-Banking macht **ca 30 Mrd Gewinn beim Crash** der wenige Monate vorher begebenen Petroplus Aktie. Die nicht minder aktive **ZKB "machte über Mittag 80 Mio Fr Gewinn mit Sulzer-Optionen"**; und wer waren die Verlierer? PK's!!

2007 – 2008 Die UBS scheut sich nicht, auch die eigenen Aktien nach unten zu manipulieren, zum **200 Mrd Fr Schaden** all der vielen Schweizer Alters-Sparer.

2013 Die ZKB merkt "selber zu spät", dass die **"Maximierung des Gewinnes auf Kosten der PKs"** nicht nur die BVK des Eigners der Bank, sondern auch die eigene PK schwer geschädigt hat. (Die Zürcher Steuerzahler werden beides wieder richten dürfen!)

2011 – 2014 UBS, CS und SNB lancieren die "Euro-Kapitalflucht": In wenigen Tagen August/September 2011 fließen ca 270 Mrd Euro "fremde Währungen" in die Schweiz, bei Wechselkursen nahe 1:1. (Doppelt so viel wie nach Deutschland in den folgenden Monaten!) Die Gambler-Megabanken können mit 160 Mrd Euro "auf Nummer sicher", die ca 90 Mrd Euro-Käufe der SNB kopieren. (Sie wissen **auch um die parallelen, privaten Devisengeschäfte des SNB-Präsidenten** und können die Stützung des Kurses bei 1.20 bis 1.30 "antizipieren".)

Nach dem Festlegen dieser "Wechselkursuntergrenze" verkaufen dann die beiden Gambler-Megabanken (und der clevere SNB-Präsident) ihre riesigen Überbestände billig gekaufter Euro portionenweise bis ins Frühjahr 2012, mit satten **"SNB-abgesicherten" Gewinnen von total mindestens 34 Mrd Fr** (x-mal?).

Bis 2014 wäscht die SNB so 100e Milliarden Euro-(EZB-Notkredite!) aus obskuren Quellen im Tausch für Schweizer Franken, Schweizer Immobilien, Schweizer Edelmetalle; verschenkt damit jeden Monat aus unserem Volksvermögen mehr als unser Staatsbudget für ein ganzes Jahr und wertet unser erspartes Geld um 20% ab.

Seit 2000 haben unsere Investment-Megabanken sehr viel "minderwertiges" Geld hereingenommen, zuerst "Schwarzgeld" aus allen Destinationen, dann "Fluchtgelder" aus dubiosen Euro-Quellen, zu guter Letzt noch Kredit-Geld zu praktisch Null-Zins von der EZB. Mit diesem "unechten" Geld konnten sie sich gegenseitig Kredite in astronomischen Grössen "schreiben", mit denen sie an den Devisen- und Derivate-Märkten handeln und vor allem spekulieren können: Die Experten der Uni warnen, dass die 17'000 Mrd \$ der UBS Derivate auf dem Markt, oder die sogar 47'000 Mrd \$ der CS-Derivate (47'000'000'000'000 \$!!) bei einem Börsencrash, auch für unser reiches Land, ein "tödliches" Risiko bedeuten würden. [Zahlen von 2014.]

Diese riesigen Geldmengen nützen nur der kleinen Zahl von Megabanken, finden ihren Weg nicht als Kredite an die wertschöpfende Industrie, aber konkurrenzieren PKs und Sparer bei Anleihen an Staat, Banken und Industrie. Und sie ermöglichen jederzeit Crashes bestimmter Aktien oder ganzer Börsen durch manipulierende Leer-Verkäufe, Devisen- und Derivate-Transaktionen.

Investment-Banken entstanden im Ausland aus dem Bedürfnis nach Kapital und Liquidität für die Investitions-intensive produzierende Industrie und den Handel, und für die Kosten-intensiven ertragslosen Staatlichen Dienste. In der Schweiz haben die Privaten Haushalte mit ihren Ersparnissen und PKs genug Vermögen und Liquidität angehäuft, um alle industriellen und staatlichen Finanzierungsbedürfnisse "locker" decken zu können. Die Schweiz braucht keine Investment Banken, keine Sekundär-Märkte, keinen Derivate- und Devisen-Handel; sie schaden unseren Ersparnissen nur.

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
2	Investment-Banken haben mit Derivaten auf Aktien von Schweizer (und ausländischen) Firmen den Wert dieser Aktien für Private Haushalte und ihre PKs manipuliert und "zerstört", dabei die erfolgreiche Kapitalwertsteigerung über den Derivate-Handel "in die eigene Tasche gesteckt" .	Das Begeben von Derivaten auf Aktien von (Schweizer) Firmen, und der Handel damit, muss vom Gesetzgeber <u>sofort untersagt</u> werden. Unsere Wirtschaft, die Privaten Haushalte und ihre PKs brauchen diesen Derivate-Handel nicht, er schadet den Firmen und ihren echten Investoren/Sparern.	Die Kurse an den Börsen werden wieder bestimmt durch die Leistungen der Firmen und das Interesse der grossen PK-Investoren; grosse Crashes können nicht mehr "inszeniert" werden. Die "eigene", produzierende Industrie und Dienstleistung bleibt als wichtigster Wert der Schweiz und unseres Spar-Vermögens erhalten.
2 b	Mehrere, bekannte, grosse "Fälle" solcher Kurs-Manipulationen durch unsere Investment-Mega-Banken am Schweizer Aktienmarkt haben den Privaten und ihren PKs ca 2 - 300 Mrd Fr Verluste gebracht.	Die grossen Fälle der letzten 25 Jahre sollen durch die Finma aufgearbeitet werden , Aktionen und Akteure genannt und Gewinne an die Verlierer zurückgeführt werden .	Rückführung von mind. 200 Mrd Fr an die PKs.

Analyse Problem 3 : Das Kapital unserer PKs ist zum attraktiven "Selbstbedienungsladen" für kleine heimliche, bis ganz grosse, öffentlich agierende Diebe geworden.

Trotz den oben im Problem 2 dargestellten verheerenden Einbrüchen im Plan des Kapitalaufbaus, **gelang es den PK-"Verantwortlichen" über 10 Jahre lang, den schlechten Lauf des Kapitalaufbaus vor den Versicherten zu verheimlichen** und, - vielleicht auch vor sich selber -, zu relativieren.

2012 erst wurde die Politik von der **"Krise der BVK"** und anderer PKs **"überrascht"** und alarmierte aus Sitzungen auch die Bürger über die Presse:

2000 noch schwamm die Zürcher BVK im Geld: **Ein verfügbares Vermögen von 19.2 Mrd Fr für nur 53'000 Versicherte und ein Deckungsgrad von 118%!** Als Arbeitnehmer beim Kanton konnte man also beruhigt seiner Pensionierung entgegensehen.

2012 im Frühjahr hatte die BVK für über **78'000 Versicherte "plötzlich" nur noch 20.9 Mrd Fr**, womit der tatsächliche Deckungsgrad nur noch 60% hätte sein sollen. Jeder Versicherte, mit zB 80'000 Fr Einkommen, der 2000 noch glaubte, er könne 2012 mit einem Sparkapital von ca 650'000 Fr und einer Rente von mindestens 42'000 Fr in den Ruhestand gehen, fand 2012 nur noch knapp 400'000 Fr auf seinem Konto verfügbar. **Seine Einlagen der letzten 10 Jahre, plus die des Arbeitgebers, zusammen ca 180'000 Fr, hatten sich in Luft aufgelöst.**
Der BVK fehlten 2012 10 - 12 Mrd Fr!

Die "Verantwortlichen" der BVK hatten natürlich für alles eine Erklärung und Entschuldigung:

"Die Finanzmärkte hätten verrückt gespielt in den letzten Jahren." "Dazu hätte man mit Anlagen in privaten, von befreundeten Personen geführten, Investment-Gesellschaften ca 250 Mio Fr verloren."

Sündenböcke wurden gesucht, Anlagechefs verhaftet, eine PUK sei eingesetzt worden, die Strafbehörden seien seit 2010 schon am Ermitteln, ob alles mit rechten Dingen zugegangen sei bei diesen Anlage-Entscheiden.

Nach unserer Erfahrung wurde am falschen Ende der Wirkungskette gesucht, bestraft und entlassen; Die "Akteure" sassen (und sitzen immer noch!) bei den Investment- und Vermögensverwaltungs-Gross-Banken.

Analyse Problem 3a : Vermögensverwaltungs-Banken ("VV"-Banken) betrügen und bestehlen unsere PKs regelmässig mit gefälschten Handelsabrechnungen und zurückgehaltenen Retrozessionen.

In "Neue Anklage im Fall BVK", berichtete die NZZ am 18.04.2012, zu einem angeklagten Berater der BVK: "... Der Beschuldigte, der in diesem Punkt geständig ist, soll in einem Zeitraum von vier Jahren insgesamt rund 3 Mio Fr an branchenüblichen Provisionen, sogenannte Retrozessionen, für sich behalten haben, die vertragsgemäss der BVK zugestanden wären. ..."

Unser Kommentar: **Retrozessionen und Provisionen waren in der VV-Branche verpönt, nicht "branchenüblich"!** Mit Retrozessionen teilte ja immer eine Investment-Bank, als Hersteller eines schwerverkäuflichen Produktes, mit einem Vermittler den Gewinn, aus dem meist zu teuren Verkauf dieses Produktes an den End-Kunden.

Welche Aktien hatte denn die grosse Pensionskasse BVK nicht direkt gekauft ? **Die beiden grossen PKs der Stadt und des Kantons Zürich waren doch immer als "Opinion Leader" aufgetreten, mit eigenem "Research".**

Die Händler "schauten" auf ihre "Kollegen" bei den grossen PKs, wenn neue Optionen am Markt aufgelegt wurden. Wobei "schauen" nicht unbedingt "aktiv" sein musste; Nur schon das abgesprochene, gemeinsame Auftreten als grosse Käufer der unterliegenden Aktien, trieb den Kurs am kleinen Zürcher Ring in die Höhe und ermöglichte allen Akteuren satte Gewinne auf den Optionen. Diese Gewinne musste man hin und wieder ein wenig "teilen" mit den Mitarbeitern der grossen Aktienbesitzer. Viele Händler wurden reich, oder gründeten gar ihre eigene kleine Bank oder VV, um diese Optionsgeschäfte herum.

Auch die PKs sollten nicht zu Schaden gekommen sein, da die Aktien meist nur stiegen. Bei durchschnittlich 8% Kursgewinn pro Jahr, minus ca 2% Inflation, blieb eine gute Rendite für Altersguthaben.

Oder doch etwa nicht? Wie die "Spitze des Eisberges" am Beispiel BVK zeigen sollte:

- **Anlagechef Gloor** wurde 2012 zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich über 8 Jahre mit ca 1.5 Mio Fr **hatte bestechen lassen, um schlechte Aktien oder Fonds zu kaufen.** Er musste das Geld zurückgeben. Das Bundesgericht wies seine Berufung ab. Für gewerbsmässige Vergehen soll der Täter mehr als 5 Jahre hinter Gitter.
- **"Der BVK habe er einen materiellen Schaden von 45.7 Mio Fr verursacht"**, sagte der Richter. Aber die kriminellen Verkäufer mussten diese 45.7 Mio **nie zurückbezahlen!!**
Die BVK selber hatte zudem aber geklagt, der Verlust habe ca 250 Mio Fr betragen.
Ratespiel: Wer durfte den Grossteil von über 200 Mio Fr "einfach behalten"?!
- **Die Credit Suisse** musste wenige Wochen später zugeben, dass die BVK, und die Zürcher Gebäudeversicherung, von ihrem Handel **regelmässig mit gefälschten Kursen abgerechnet** wurden: Für 1999 – 2003 konnten die auf Gloor angesetzten Fahnder der Bank nachträglich noch ca 200 Fälle nachweisen. Der für die BVK zuständige "erfolgreiche" CS-Abteilungsleiter wurde ebenfalls vom Gericht mit 4.5 Jahren bestraft.
"CS anerkennt keine Rechtspflicht", sondern bezahlt, aussergerichtlich und "aus Kulanz", dem Kanton die "bewiesenen" 18.9 Mio Fr zurück.
- **Und die anderen Zürcher Banken? Die "Performance-orientierte" UBS, die "Gewinn-maximierende" ZKB, etc? Und der nicht gefundene Rest?**
Hat die BVK nicht ca 4 Milliarden Fr abbuchen müssen?!

BSV und Pensionskassenverband haben in der Causa BVK das Problem Retrozessionen erkannt und haben die PKs aufgefordert, diese von den VV zurückzufordern: **"Ohne grosse Resonanz bei den PK-Verwaltern!" Ein neues Problem?!**

Um die mittels gefälschter Kurse oder im Depotauszug zulasten der "Kapitalwertänderungen" versteckten realen VV-Kosten zu eruieren, liess das BSV 2011 einen Forschungsbericht erarbeiten. Dieser kam zum Schluss, dass über die Jahre gemittelt **nur ca 25% der realen VV-Kosten** als solche in den Betriebsrechnungen der PKs **ausgewiesen** wurden, **75% der VV-Kosten wurden "versteckt"!**

Am Beispiel 2012: Für 667 Mrd Fr Kapital wurden 975 Mio Fr VV-Kosten ausgewiesen, "schön frisiert" auf 0.14%, die in der VV-Branche als "wahrlich fürstlich" gelten.

Die real abgezogenen ca 3.9 Mrd Fr sind mindestens mehr als 4-mal zu teuer, exzessiv; sind einfach Diebstahl!

(In Grafik 1, "Kapital Plan+", wurden diese VV-Kosten-Exzesse plus die Nettozahlungen an Versicherungen eliminiert.)

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
3 a	<p>Kriminelle VV-Banken haben, mit z.T. versteckten, 4-fach exzessiven VV-Kosten PKs und Versicherte betrogen, bestohlen.</p> <p>Aufsummiert über die 52 Jahre um mindestens 180 Mrd Fr, die heute im PK-Vermögen fehlen.</p> <p>Und sie tun es weiterhin!</p>	<p>Diese "Praxis" des Versteckens von VV-Kosten und Fälschens von Handelsabrechnungen ist sofort unter Strafe zu stellen und zu stoppen. Die zuviel bezogenen, versteckten VV-Kosten müssen und können, auch rückwirkend, zurückgeführt werden.</p> <p>Wurde vom BSV schon 2012 gefordert!!</p>	<p>Mind. 80% der versteckten Kosten, inkl einem angemessenen Verzugszins, werden über einen zu vereinbarenden Zeitraum, zurückgeführt, ca 140 Mrd Fr an die PKs.</p>

Analyse Problem 3b : Versicherungs-Gesellschaften betrügen und bestehlen unsere Versicherten seit Jahren mit unnötigen und überteuerten Risiko-Versicherungen.

Die Vorsorge-Einheiten ("VE") sollen die Versicherten und ihre Angehörigen **schützen gegen die drei Risiken des Verdienst-Wegfalls: infolge Alter, Tod und Invalidität.**

Tabelle 3 : Die verschiedenen Arten Risiko-Abdeckung und ihre Auswirkungen [Stand 2012]

[BFS VE Bilanz Leistungen 2004-12.xls] und [BFS VE Beiträge 2004-12.xls]

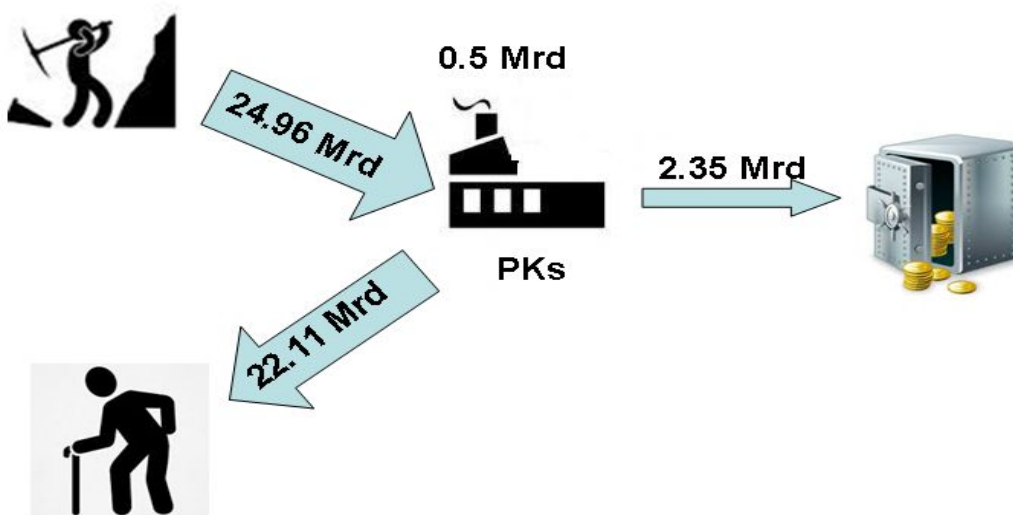
Art Risiko-Abdeckung	Anzahl Kassen	Anzahl Versicherte Aktive / Rentner	Beitrag pro Aktiver [Fr]	Total Beiträge pro Jahr [Mrd Fr]	Total Kapital [Mrd Fr]	Kapital pro Versicherter [Fr]	Rente pro Bezüger [Fr]	Total Rente/ Kapitalbezug pro Jahr [Mrd Fr]
0, sog "Autonome PK"	414	1'831'661 / 692'816	11'184	24.964	497.9	197'222	28'366	22.106
1 Spitzen-Risiko versichert	1'155	734'492 / 146'872	10'902	9.255	135.9	154'236	23'059	4.823
1, Rente versichert	327	300'250 / 34'909	8'996	3.016	31.5	94'110	12'984	1.205
3, sog "Kollektive PK"	163	990'112 / 152'330	8'405	9.483	7.0	6'136	12'243	3.783

2012 wurden von den 3.87 Mio Aktiven Versicherten und ihren Arbeitgebern total 46.714 Mrd Fr Beiträge an die PKs einbezahlt.

2012

Bei den **Autonomen PKs ohne Risiko-Versicherung**, mit 2.52 Mio Versicherten und 497.9 Mrd Fr Kapital, flossen 24.96 Mrd Fr "direkt" ins Kapital der Kasse, und dann 22.11 Mrd Fr, = 88.6%, an Rentner und Kapitalbezüger.

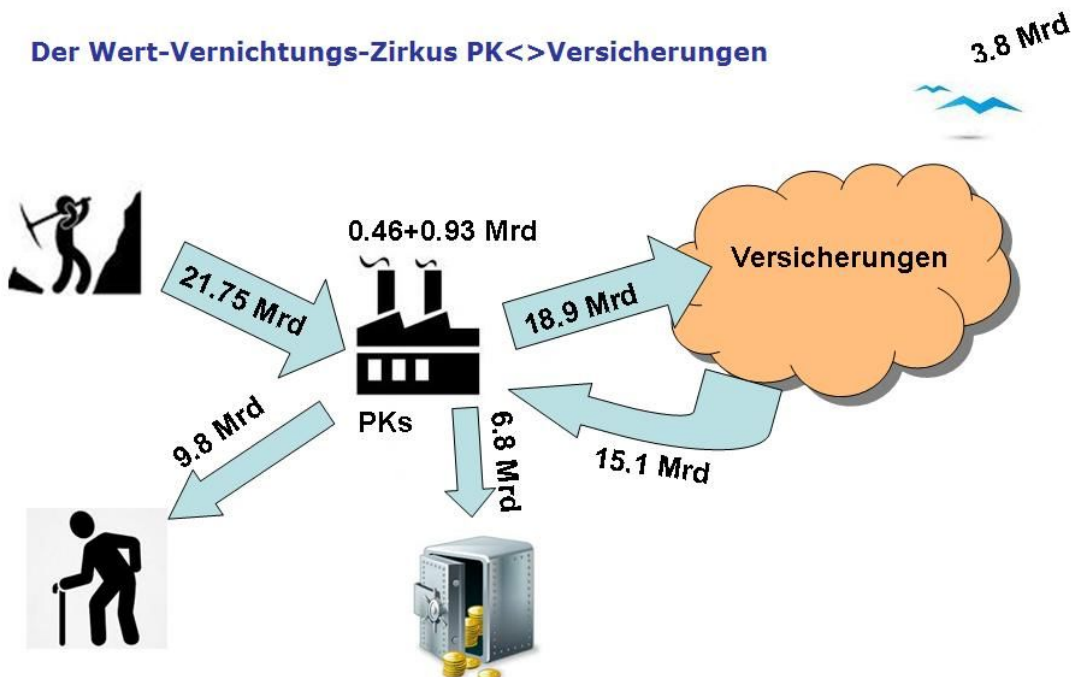
Geldfluss der Autonomen PKs



2012

Bei den **PKs mit Versicherung**, mit 21.75 Mrd Fr Beiträgen und 174.4 Mrd Fr Kapital von 2.36 Mio Versicherten "produzierten" die Verwaltungen, in Zusammenarbeit mit den Versicherungen, **den grössten Wertvernichtungs-Zirkus der Welt:**

Der Wert-Vernichtungs-Zirkus PK<>Versicherungen



Von einbezahlten 21.75 Mrd Fr Beiträgen wurden 18.92 Mrd Fr als Prämien und Einmaleinlagen den Versicherungen überwiesen. Von diesen wurden später 15.15 Mrd Fr wieder zurück-überwiesen. 3.77 Mrd Fr "flogen davon" bei den Versicherungen. Im internen Verwaltungsaufwand der PKs wurden 933 Mio Fr (= 9333 Arbeitsstellen!) für diesen Zirkus "verbrannt", und dann gingen nur noch 9.81 Mrd Fr, = 45.1% an Rentner und Kapitalbezügler !

Effektiv wurden die Beiträge der Versicherten über Jahre um ca 22% vermindert, bevor sie in die Betriebsrechnung der PKs hineinfließen. **Als Folge ist heute das Kapital pro Versicherter ca 22% geringer**; und bei den PKs, welche die Altersrente durch die Versicherung sicherstellen(!) wollten, so gar ca 52% geringer als bei den Autonomen PKs.

"Natürlich" sind auch die zur Zeit bezogenen Renten ca 20%, resp ca 54% niedriger!

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
3 b	<p>Versicherungsgesellschaften haben mit überkauften und z.T. unnötigen Risiko-Versicherungen PKs und Versicherte <u>überfordert, betrogen</u>.</p> <p>Aufsummiert über die 52 Jahre um ca 230 Mrd Fr sog. "Nettozahlungen an Versicherungen", die heute im PK-Vermögen fehlen.</p> <p>Und sie tun es weiterhin!!</p>	<p>Diese ausgewiesenen Risikoversicherungen mit "Nettozahlungen" müssen sofort gestoppt werden.</p> <p>Sie müssen und können, <u>auch rückwirkend, zurückgeführt werden</u>.</p> <p>Wurde vom BSV schon 2012 gefordert!!</p>	<p>Mind. 90% der "Nettozahlungen", inkl Verzinsung, werden über einen vereinbarten Zeitraum zurückgeführt, ca 200 Mrd Fr.</p>

Analyse Problem 4 : Die Struktur von 2021 immer noch 1353 selbständigen PKs (2012 noch 2073), jede mit eigenem Regelwerk und eigener Verwaltung, ist vollkommen intransparent und ineffizient.

Der Grossteil der PKs, die 861 "Nicht-Autonomen PKs", mit nur ca 700 Aktiven Versicherten pro PK, sind viel zu klein für eine Vorsorge, die diesen Namen wirklich verdient!

Die Schweizer AV hat ihr Image nie richtig gepflegt: Sie ist eigentlich eine "Erfolgsstory", aber "von gestern" und nur den älteren Rentnern bewusst. **Die aktuelle Performance und die zukünftigen Leistungen sind keinem (jungen) eintretenden Aktiven Versicherten bekannt, aber auch nicht dem älteren, bald in Rente gehenden!**

Die Berichterstattung in den Medien beschränkt sich seit 15 Jahren auf Negatives: Auf die eklatanten Konkurse, auf Straf-Fälle, exzessive Bezüge der Chefs und Stiftungsräte, die *"Tickende Pensionsbombe"*, etc. Im *"Sorgenbarometer der Schweizer"* rangiert die Altersvorsorge auf Platz 3, direkt hinter Arbeitslosigkeit und Zuwanderung [2012].

Die weiter oben erkannten und angedeuteten Probleme sind nicht nur Probleme, die durch Veränderungen in der Umwelt auf die PKs einwirken. **Die Probleme sind auch hervorgerufen worden durch die intransparente Struktur; und die zu kleinen Vorsorge-Einheiten sind überfordert, Probleme dieser Grösse zu lösen.**

Die Zahlen der PK Statistik zeigen aber auch: Die Verwaltungen, jede mit eigenen Stiftungsräten, Beratern und Experten, mit eigener Administration und IT, - ev mit Versicherungen zusammen -, arbeiten mit riesigem

Aufwand und schweren Verlusten. Auch sie honorieren sich "fürstlich" aus der Kasse, zu Lasten der Aktiven Versicherten, denen sie das verheimlichen. Auch die vorgesetzten Behörden müssen raten und schätzen!

Nur der Chef der Zürcher BVK hatte 2012 selber mitgeteilt, dass er seinen neuen Lohn von 380'000 Fr viel zu hoch finde, obwohl er damit immer noch weit(!) unter den Bezügen bei vergleichbaren privatrechtlichen PKs liegen werde. Aber schon seine 18(!) Stiftungsräte, 9 davon Gewerkschafter, fanden die ca 30'000 Fr als "angemessen" für 11 Sitzungen im Jahr, entsprechend 600'000 Fr bei 100% Anstellung.

Wir verglichen 2012 AHV (5.8 Mio Versicherte) und BV (2.6 + 2.4 Mio) in Struktur und Aufwand:

Die AHV, in 30 Kantonalen Ausgleichskassen und 62 Verbands-Ausgleichskassen, verwaltete 2012 ca 3.9 Mio Aktive Versicherte, kassierte 28.9 Mrd Fr persönliche Beiträge und bezahlte 39.8 Mrd Fr Renten an 1.93 Mio Rentner; im Durchschnitt 42'000 Aktive und 21'000 Rentner pro Kasse.

Die AHV wies 2012 Verwaltungs- und Durchführungskosten von 185 Mio Fr aus, ca die Hälfte Personalkosten = ca 92 Mio Fr = ca 920 Stellen, ca 50 Mio Fr für IT = ca 50'000 Fr/Jahr pro Mitarbeiter oder 540'000 Fr/Jahr pro Kasse.

Pro 6'290 Versicherte war in der AHV 1 Stelle beschäftigt; Verwaltung und IT belasteten jeden Versicherten mit 32 Fr, resp ca 8.65 Fr pro Jahr.

Die BV, in 2073 PKs, sammelte 2012 von 3.9 Mio Aktiven Versicherten 42.1 Mrd Fr ein und zahlte 32.7 Mrd Fr aus, an 1.03 Mio Rentner und Kapitalbezügler; im Durchschnitt 1'880 Aktive und 495 Rentner pro Kasse.

Bei den PKs mussten 1'890 Mio Fr Verwaltungs- und Durchführungskosten zusammengesucht werden; ca 500 Mio Fr für die Autonomen, ca 1'390 Mio Fr für die PKs mit Versicherungen.

Aufteilung nach Kostenträgern und Kostenarten war und ist der Aufsichtsbehörde nicht möglich.

Also mussten wir versuchen, "bottom-up" zu kalkulieren:

Alle PKs mussten ca 6 - 8 paritätische Stiftungsräte haben, die gemäss Zürcher Beispiel im Total ca 370 - 500 Mio Fr bezogen. Die 2073 CEOs bezogen ca 520 - 620 Mio Fr; blieben noch ca 77% von ca 1000 - 770 Mio Fr für ca 6'700 - 5'100 Sachbearbeiter-Stellen; bei 2073 Kassen plausibel.

414 Autonome PKs: Die Stiftungsräte bezogen ca 75 - 100 Mio Fr. Die 414 CEOs bezogen ca 125 - 145 Mio Fr; blieben noch ca 77% von ca 300 - 255 Mio Fr für ca 2'300 - 1'960 Sachbearbeiter-Stellen; bei 414 Kassen plausibel.

In der Autonomen BV war pro ca 1'080 - 950 Versicherte 1 Stelle beschäftigt; Verwaltung und IT belasteten jeden Versicherten mit ca 194 Fr, resp ca 31 Fr pro Jahr. (Faktor 6 x AHV)

1659 PKs mit Versicherungen: Die Stiftungsräte bezogen ca 295 - 400 Mio Fr. Die 1659 CEOs bezogen ca 395 - 475 Mio Fr; bleiben noch ca 77% von ca 700 - 515 Mio Fr für ca 5'390 - 3'970 Sachbearbeiter-Stellen; bei 1659 Kassen plausibel.

In der BV mit Versicherungen war pro ca 440 - 595 Versicherte 1 Stelle beschäftigt; Verwaltung und IT belasteten jeden Versicherten mit ca 590 Fr, resp ca 95 Fr pro Jahr. (Faktor 18 x AHV)

Für Organisations-Berater und IT-Experten ist unerklärlich: Die 30 Kantonalen AHV-Kassen und die 62 Verbandskassen, führen für alle die 3.9 Mio Arbeitenden und für alle die 1.9 Mio Rentner der Schweiz AHV-, IV-, ALV-, EO-, FZ-Konten und Aufzeichnungen, über mehr als 40 Jahre. Warum konnten sie 1985 nicht, und können sie in Zukunft nicht, mit wenig Mehraufwand, auch noch für die gleichen Versicherten ein BV-Konto führen?!

1987, bei erster Schätzung des BSV, sollen sich noch 15'179 Vorsorgeeinrichtungen um die wenigen Versicherten bemüht haben; sie wurden bis 2004 auf 2'935 zusammengelegt oder aufgelöst.

In den letzten 20 Jahren haben die kleineren und nicht-autonomen PKs weiter versucht, unter Drohung aufkommender Illiquidität und bedrängt durch zunehmende Aus- und Uebertritte, sich zusammenzuschliessen. Die kollektiven PKs wurden z.T. durch Fusionen ihrer Mutter-Versicherungsgesellschaften zusammengelegt. (Die Presse berichtete wiederholt, dass dabei Berater saftige Kommissionen erwarteten und vor allem um die PKs von Gemeinden und öffentlichen Diensten sich schlugen! Viele zukünftige Beiträge von Aktiven dürften da wieder in falsche Töpfe geflossen sein.)

Aber das Resultat ist, gemäss obigen Rechnungen noch immer ungenügend.

>> Die begonnene Konsolidierung muss sofort und rasch fertiggeführt werden, bevor noch mehr kleine Kassen mit Totalverlust "gegen die Wand der tiefen Zinsen und steigenden Kosten fahren" und ihre Versicherten ihre Ersparnisse verlieren.

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
4 a	<p>Die 1'287 PKs der Privatwirtschaft, mit durchschnittlich nur 626 Mio Fr Bilanzsumme für nur 3'092 Aktive + 727 Rentner, sind immer noch zu klein, um wirklich als Vorsorge-Einrichtung ihre Mitglieder vor den 3 Risiken des Erwerbswegfalls (Alter, Tod, Invalidität) bewahren zu können.</p> <p>Die deshalb benötigten externen Risiko-Versicherungen fressen zuviel von den Beiträgen weg.</p>	<p>Diese PKs müssen zusammengelegt werden, zB analog den 62 AHV-Verbandskassen (noch besser direkt in diese Kassen hinein!?)</p> <p>Damit könnten sie als echte Vorsorge-Einrichtungen autonom funktionieren.</p>	<p>Die zB 62 resultierenden Kassen hätten genug Kapital, zB durchschnittlich 18.7 Mrd Fr, genug Aktive Beitragszahler, zB 74'500, um die Fälle von Tod und Invalidität, autonom absorbieren zu können.</p> <p>Jährlich könnten ca 4 Mrd Fr "Nettozahlungen an Versicherungen" und ca 1 Mrd Fr interner Personalaufwand eingespart werden.</p> <p>=20% der Beiträge!</p>
4 b	<p>Die 66 grossen, öffentlich-rechtlichen und autonomen PKs, mit durchschnittlich 3.9 Mrd Fr Bilanzsumme für 9'696 Aktive und 4'881 Rentner, sind doppelt so gut ausgestattet.</p> <p>Aber auch sie sind zu wenig potent, vor allem gegenüber ihren VV-Banken und den Investment-Banken der Börse, wie die periodisch benötigten Sanierungs-Milliarden zeigen.</p>	<p>Die PKs sollen ihr Vermögen, zur Anlage am Kapital- und Immobilienmarkt, in 1-3 grosse PK-Investitions-Fonds einbringen, analog dem AHV-Fonds. Diese PK-Investitions-Fonds treten nach aussen auf, mit geballtem Gewicht und gebündelter Expertise.</p> <p>Die PK kümmert sich um ihre Aktivversicherten und Rentner.</p>	<p>Die PK-Investitions-Fonds können ihr (einst beabsichtigtes) Gewicht in der Wirtschaft wirklich wahrnehmen:</p> <p>als die potenten Investoren für die Industrie, als die liquiden Darlehensgeber für die Öffentliche Hand, als die gut verankerten Entwickler von Immobilien und Infrastruktur, als die erfahrenen Sponsoren und Coaches von Firmen-Start-ups, etc.</p>

Analyse Problem 5 : Die Beamten beim Staat und seinen Diensten sind im Salär und in sozialen Belangen stark bevorzugt. Durch die geforderte Nachzahlung der "Unterdeckung der öffentlich-rechtlichen PKs", - durch die arbeitenden Steuerzahler -, wurde nicht nur eine Zwei-Klassen-Arbeitnehmerschaft, sondern auch eine Zwei-Klassen-Rentner-Gesellschaft geschaffen.

Die grossen "PK-Sanierungsfälle" nach 2000 waren vor allem "öffentlich-rechtliche" Vorsorge-Einrichtungen der Bundesverwaltung, der Kantons-Verwaltungen, des übrigen Staatspersonals, der SBB, etc:

Ausgelöst durch chaotische Verwaltungen der larken Arbeitgeber, mit wenig qualifizierten Stiftungsräten und Beratern, mussten **von den arbeitenden Steuerzahlern** 2000 - 2004 **zu gunsten der Beamten folgende Sanierungsbeiträge geleistet werden: Zuerst "an das Referenz-Beispiel" PK SBB 12.5 Mrd Fr = 216'000 (!!)** Fr/Versicherter, dann **an die PK Bundesverwaltung 12.8 Mrd Fr = 135'650 Fr/Versicherter, PK Post 4.3 Mrd Fr, PK Swisscom 3.3 Mrd Fr und PK RUAG 0.5 Mrd Fr.**

Es folgten verschiedene Kantone, mit jeweils ungenügenden Sanierungsbeiträgen um <1 Mrd Fr.

Diese und weitere Nachzahlungen, aber auch die sehr guten Kapitalerträge um 2010 hatten nicht den versprochenen Erfolg: Das eingeschossene Geld, ca +30%(!) zum bestehenden Kapital, "versickerte" in den Bilanzen der stattlichen PKs und die "ausgewiesene" Unterdeckung blieb weiterhin.

Ende 2022, bei wieder -105 Mrd Fr Kapitalverlust, ist die sog. **Unterdeckung der 66 öffentlichrechtlichen VE bei ca 36.3 Mrd Fr ("durch Staatsgarantie getragen")** und der 1287 privatrechtlichen VE bei ca 3.6 Mrd Fr.

Die grossen jährlichen Schwankungen dieser Kennzahl zeigen ihre Sinnlosigkeit; ausser für die wiederholte politische Nötigung der benachteiligten Steuerzahler.

Als Grund für die "wachsenden" Deckungslücken und deren rasche Behebung wird alles Greifbare bemüht, auch die demographische Entwicklung, mit der "ausgewiesenen Ursache", dass immer mehr Rentner immer weniger Beitragszahlenden gegenüberstehen würden.

Tabelle 4 : Vergleich privatwirtschaftliche zu öffentlichrechtliche PKs

	Aktive		Rentner		Beitrag pro Aktiver		Kapital pro Vers		Rente pro Rentner	
	[Mio] 2004	2022	[Mio] 2004	2022	[Fr] 2004	2012/22	[Fr] 2004	2012/22	[Fr] 2004	2012/22
Alle PKs	3.214	4.620	0.847	1.257	10'307	12'117 23'805	119'230	137'704 230'760	22'745	24'692 24'710
privat R	2.686	3.980	0.622	0.935	9'684	11'187 28'886	101'635	120'672 202'640	19'919	21'943 21'919
öffentl R	0.528	0.640	0.225	0.322	13'476	16'794 26'600	196'507	210'321 405'580	30'552	31'756 31'977

Wir rechneten 2012 diese Zahlen gegeneinander auf:

Die Wohnbevölkerung ist 2004 – 2012 von 7.415 auf 8.040 Mio gewachsen = 625'000 = **8.4%**.

Die Zahl Erwerbstätige ist 2004 – 2012 von 4.210 auf 4.815 Mio gewachsen = 605'000 = **14.4%**

Tabelle 5 : Das asymmetrische Wachstum der öffentlich-rechtlichen PKs

Alles ist gewachsen !	in der Privatwirtschaft	im Öffentlichen Dienst	Kommentar
Die Zahl der Versicherten	19.6%	23.4%	
Die Zahl der Arbeitnehmer	19.8%	21.5%	Mehr Teilzeit Angestellte im ÖD ?
Die Zahl der Rentner	18.8%	28%	Viele Frühpensionierungen im ÖD
Das Verhältnis Aktive/Rentner	4.32 > 4.35	2.35 > 2.23	No comment!
Die Beiträge pro Aktiver	15.5%	24.6%	

Das Kapital pro Versicherter	18.7%	7.0%	Mehr Wiedereinsteiger, Teilzeiter!
Die Bezüge pro Rentner	10.2%	3.9%	Viele Frührentner im ÖD, aber mit 53.4% > 44.7% mehr Rente als in der Privatwirtschaft!

Die Jahre 2004 – 2012 und die darin vollzogenen "Sanierungen" der PKs wurden vom Öffentlichen Dienst offensichtlich "genutzt", um sich in der Rekrutierung von qualifizierten Angestellten am ausgetrockneten Arbeitsmarkt Schweiz einen **grossen Vorsprung zu schaffen gegenüber der Privatwirtschaft, durch "ans illegale grenzende" Anreize an Stellensuchende:**

- mit **mehr als 50% grösseren Lohnerhöhungen**
- mit **grosszügigen Einkaufssummen** in die PK, "bezahlt" 2/3 vom Steuerzahler via **grosszügigen Arbeitgeber**
- durch **Sanierungsbeiträge, praktisch alle "bezahlt" vom Steuerzahler via grosszügigen Arbeitgeber**
- mit dem "**Tat-bewiesenen**" **Versprechen auf Frühpensionierungen, bei 45% höheren Renten** als in der Privatwirtschaft nach 65.

Eine weitere, brisante Folgerung aus der Analyse der vielen grossen Zahlen könnte sein: Die Vergrösserung der Verwaltung und der Öffentlichen Dienste, eingeleitet vor 2000, hat in der Folge zu einem verstärkten Sog bei der Einwanderung in die Privatwirtschaft geführt, in den letzten 20 Jahren.

Die bisherigen exzessiven "Sanierungen" der öffentlich rechtlichen PKs und die unmittelbar geforderten erneuten Zuschüsse zur Beseitigung "ihrer Unterdeckung" **fördern die Spaltung unserer Gesellschaft in 3 Klassen:**

Die Reichen und die "Manager", die viel mehr verdienen als vor einer Generation, die eigentlich keine PK brauchen, weil sie genug sparen und an der Börse noch steuerfrei vervielfachen konnten.

Die Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst, die im Durchschnitt schon mal 30 - 40% mehr verdienen als in der Privatwirtschaft und entsprechende Beiträge zahlen können, und die sich keine Sorgen um ihre Renten machen müssen, da ja heute schon ihr verfügbares Kapital 75% mehr ist als bei ihren Altersgenossen in der Privatwirtschaft und die Renten auch schon 45% höher liegen.

Die Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft, die Angst haben um ihre AHV und ihre Rente, da ihre PK-Guthaben ungenügend gewachsen sind und sie sehen, wie ihre ehemaligen Kollegen / Kolleginnen 2020 mit **wesentlich weniger** als die "**durchschnittlichen**" **1'876 Fr AHV- + 1'826 Fr Männer / 1'155 Fr Frauen BV-Rente im Monat** auskommen müssen. **Über 40% der arbeitenden Bevölkerung wissen noch nicht(!), dass sie nach 65 auch zu jenen zählen werden, die Ende des Monats kein Geld mehr haben werden.**

Pro memoria: Es sind diese Arbeiter in der Privatwirtschaft, die den Mehrwert schaffen und die das Geld verdienen, aus dem "alles Andere" in unserer Schweiz finanziert werden kann.

Dieses Problem unserer BV ist das wichtigste und das dringendste. Es muss gelöst werden, da sonst unser Gesellschaftsvertrag in Brüche geht. Es kann nur von einer überlegenen Führungspersönlichkeit angegangen und durchgezogen werden; eine Rolle die Bundesrat Berset hätte gut übernehmen können.

Die Probleme sind lösbar, da wir (noch) in einer guten Ausgangslage sind:

- **Unsere Kassen sind gefüllt, vor allem die grossen Autonomen und Öffentlichrechtlichen.**
- **Die kleineren PKs können durch Zusammenlegung und ev administrative Integration in AHV-Kassen zu weniger Verlust und mehr Leistung gebracht werden.**
- **Die hinterzogenen Gelder können von den finanziell gesunden Dieben zurückgefordert werden.**

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
5	<p>Das asymetrische Wachstum der öffentlich-rechtlichen PKs, bestätigt eine eklatante Besserstellung der Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst, gegenüber den "arbeitenden Steuerzahlern" und auf deren Kosten.</p> <p>Die Privatwirtschaft wird benachteiligt im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte; der "Rentner-Friede" ist gefährdet.</p>	<p>Die Öffentliche Hand muss ihre überdurchschnittlichen Gehalts- und Renten-Erhöhen der letzten Jahre rück-abwickeln. (Problem ausserhalb der BV; und ohne "Besitzstand-Wahrungen".)</p> <p>Auch muss die Öffentliche Hand ihre Anstellungs- und Vorsorge-Bedingungen resolut reduzieren, auf das "Einheits-Reglement", (siehe unten).</p>	

Analyse Problem 6 : Das "Geschäftsmodell" vieler PKs, vor allem der grossen öffentlich-rechtlichen, ist vollkommen überladen: Die beiden Haupt-Aufgaben "Kapitalaufbau" für die Aktiven und "Renten-Auszahlung" an die Alten sind zur vernachlässigten Nebensache geworden.

Die vielen "hereingenommenen" Aktivitäten ("Insourcing"), die nicht zum Kerngeschäft einer Kasse gehören, verbraten mit Riesenverlusten die Beiträge der Aktiven.

2014 soll ich analysieren, "was und wie" die PKs heute arbeiten. Ich nehme dazu als Basis den **Geschäftsbericht 2013 der BVK des Kantons Zürich**, die auch unseren Rentner-Haushalt betrifft, versuche zu lesen und zu verstehen, und kriege Kopfweh: **Die BVK ist ein Gross-Unternehmen geworden;** ihr Geschäftsbericht enthält auf **58 Seiten** fast so viele grosse und eindrückliche Zahlen und verwirliche Kommentare und Testate wie bei einer internationalen Industrie-Gruppe.

Die BVK ist nicht nur der grösste Versicherungs-Dienstleister für ca 500 andere Unternehmen der Öffentlichen Hand, sie ist **einer der grössten Bauherren im Kanton** und macht Karl Steiner, Swissscanto, u.a. Konkurrenz als Immobilien-Entwickler, Total-Unternehmer, Facility Manager und Vermieter seiner 156 Liegenschaften (grösste: CS-Tower ZH, Fribourg Centre), mit ca 5 Mrd Fr Wert.

Die BVK ist immer noch (nach dem Fall Gloor) einer der **grössten Investoren und "gesuchtesten" Anleger**: Mehr als 2 Mrd Fr in Schweizer Aktien, 5.6 Mrd Fr in ausländischen; 3.3 Mrd Fr Schweizer Obligationen, 4.6 Mrd Fr in ausländischen; sie tradet mit Commodities von über 1.3 Mrd Fr., sie hat mehr als 500 Mio Fr in Private-Equity investiert. Alles aus **eigener Anlage-Erfahrung(?)**, unterstützt von den Stiftungsräten und einer Vielzahl von Experten und Beratern für alle möglichen Aspekte.

Die BVK ist wahrscheinlich die grösste autonome Versicherung im Kanton, die diese Funktion voll wahrnimmt. **Welche Schwierigkeiten, Fallstricke und Aufwendungen nur schon die Buchführung für diese Versicherungs-Aktivitäten bringt, zeigen die folgenden zwei Auszüge aus dem Geschäftsbericht:**

5.5 VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden **nach den Richtlinien der Finanzdirektion für die Bildung von Rückstellungen und Wertschwankungsreserven bei der BVK vom 13. Februar 2009** festgelegt. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. CHF	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellung für pendente Risiken	197.0	194.0
Rückstellung für die Zulagen auf laufenden Renten	320,0	337.0
Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung	197,0	92.0

Rückstellung für den Umwandlungssatz	105,0	557,0
Rückstellung für Aufwertung der Sparguthaben	615,0	0,0
Versicherungstechnische Rückstellungen am 31.12.	1 434,0	1 180,0

Ich hoffe nur, dass jeder Versicherte wie ich, diese Zahlen versteht und auch begreift, wie "mütterlich vorsorglich" unsere Finanzdirektorin solche "qualifizierten Vorgaben" macht, **mit solchen Änderungen(?) von einem Jahr zum nächsten, in Jahren stabiler Zinsen und steigender Börsen, und was das für die Aktiven Versicherten und für unsere Rentenansprüche letztlich bedeutet??**

Oder hat doch eher, ausser mir, "auch das letzte Schwein" hier nicht mehr weitergelesen!? So hat denn gar niemand bemerkt, was in dieser BVK wirklich abgeht?! Siehe hier:

5.7 VERSICHERUNGSTECHNISCHE GRUNDLAGEN

Im Zuge der Statutenrevision wurde auf den 1. Januar 2013 zum einen der technische Zinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals der Rentnerinnen und Rentner und der versicherungstechnischen Rückstellungen von 4 % auf 3,25 % herabgesetzt. Zum anderen wurden, wie oben bereits erwähnt, die Umwandlungssätze für die Altersrente reduziert und zur Kompensation die Sparguthaben aufgewertet. Die Kosten der Zinssatzsenkung und der Aufwertung der Sparguthaben wurden vom Kanton mit einer Einmaleinlage von 2 Milliarden Franken **mehr als ausgeglichen(?)**. Die Auswirkungen der Zinssatzsenkung, der Aufwertung der Sparguthaben und der Einmaleinlage werden wie folgt illustriert:

	01.01.2013	31.12.2012 ¹⁾
in Mio. CHF	VZ 2010, 3,25 %	VZ 2010, 4 %
Verfügbares Vorsorgevermögen	22'203.6	-
Einmaleinlage Kanton Zürich	2'000.0	-
Total verfügbares Vorsorgevermögen	24'203.6	22'203.6
Vorsorgekapital Aktivversicherte	12'609.9	12'609.9
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	12'477.2	11'592.4
Rückstellung für pendente Risiken	194.0	194.0
Rückstellung für die Zulagen auf laufenden Renten	354.0	337.0
Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung	96.0	92.0
Rückstellung für den Umwandlungssatz	51.0	557.0
Rückstellung für Aufwertung der Sparguthaben	841.3	0.0
Total versicherungstechnische Rückstellungen	1'536.3	1'180.0
Total Vorsorgekapital und Rückstellungen	26'623.4	25'382.4
Deckungsgrad nach Art. 44 BVV2	90.91%	87,48%

1) Korrektur Datum von v2

Auf den ersten Blick ist ja "Alles OK!", sind alle noch offenen Fragen beantwortet: Die Steuerzahler haben die BVK wieder saniert, mit 2 Mrd Fr, und es ist ja soo beruhigend zu wissen, dass uns jetzt die BVK unsere zukünftige **jährliche Rente auf 3 Franken genau, - das sind diese Bull-shit 90.91% Deckungsgrad nämlich -, "garantieren" kann.**

Aber schauen wir uns doch diese **seltsame Sanierung der BVK** an, in Zeile 2, 5, 10 oben:

Die 2 Mrd Fr, eingebracht durch die arbeitenden Steuerzahler des Kantons, sind komplett verwendet worden, für die Beamten-Rentner: ins "Vorsorgekapital Rentenbeziehende" und in "Rückstellung für Aufwertung der (=ihrer) Sparguthaben".

Aber es kommt noch schlimmer: Und alle Beiträge und Eintrittsleistungen der Aktiven Versicherten und der Arbeitgeber, TOTAL 1.64 MILLIARDEN FRANKEN im Jahr 2012, haben sich einmal mehr im Aufwand der BVK "in Luft aufgelöst": Das "Vorsorgekapital Aktivversicherte" hat um keinen müden Franken zugenommen!! (Nach der vom "Revisor" geprüften Bilanz gar um 30 Mio Fr abgenommen, ohne einen Kommentar dieses "Revisors"!)

Also stimmt es eben doch, was wir auf Seite 9, aus Sicht des Aktiven Versicherten zusammengefasst hatten (damals noch ohne den Jahresbericht 2013):

"Noch 2000 schwamm die Zürcher BVK im Geld: Ein verfügbares Vermögen von 19.2 Mrd Fr für nur 53'000 Aktivversicherte und ein Deckungsgrad von 118%!

***Im Frühjahr 2012 hatte die BVK für über 78'000 Versicherte "plötzlich" nur noch 20.9 Mrd Fr,...
..... Die Einlagen des Aktiv-Versicherten der letzten 10 Jahre, plus die des Arbeitgebers, zusammen ca 180'000 Fr, hatten sich in Luft aufgelöst. Der BVK fehlten 2012 10 - 12 Mrd Fr!"***

Es geht also weiter so: Infolge der grossartigen Verluste, der BVK in all den erweiterten Geschäftsfeldern, die nicht zum Kerngeschäft einer Kasse gehören, - und infolge der Auszahlung von überhöhten Renten, für die nie SO einbezahlt worden war -, wurden während ALL den letzten 12 Jahren ALL die Beiträge der Aktiven für Anderes "verbraten".

Das ist das Resultat einer verfehlten Leistungsauftrags-Analyse und einer masslosen Selbstüberschätzung der höchsten Funktionäre der Kantonalen Verwaltung: Sie meinten, Alles was die Privatwirtschaft erfolgreich mache, auch noch machen zu müssen. Und sie glaubten, mit ihrer beschränkten Allgemeinbildung und mangelnden Spezial-Ausbildung für diese Geschäfte, sogar noch erfolgreichere Manager als ihre "Konkurrenten" zu werden, wenn nur genügend (selbst-ernannte?) Experten und Stiftungsräte sie dabei beraten würden.

Aber trotz allem "Verständnis" für Führungsschwäche: Was hier seit Jahren praktiziert wird, ist nicht mehr nur defizitäres Geschäften und kreative Buchhaltung, es ist ganz einfach Unterschlagung, programmierter Diebstahl an den Aktivversicherten!

Da war Gloor ein Pappentier dagegen und da nützt auch das neue, vielgelobte "Vier-Augen-Prinzip der BVK" nichts mehr!!

Bange Frage blieb 2012 nur: Wie und wann können wir den zuletzt 78'000 bestohlenen Versicherten ihre ca 16 Mrd Fr einbezahlten Ersparnisse der letzten 12 Jahre zurückgeben??

Ist sicher bis 2022 nicht gelungen!

So willkürlich, wie die Sanierung 2012 beschlossen und durchgeführt wurde, rein zugunsten der schon sehr gut situierten Rentner, so schnell und "schmerzlos" könnte die Aufstockung des "Vorsorgekapitals Rentenbeziehende" und der "Rückstellung für Aufwertung der Sparguthaben" wieder, rückwirkend, rückgängig gemacht werden. Kein einziger Beamten-Rentner müsste deshalb wirklich "leiden", bei einer durchschnittlichen Rente von 34'000 Fr, =50% (!) mehr als Arbeiter-Rentner aus der Privatwirtschaft. [2014]

Auch das "Wieder-Outsourcing" der erweiterten Geschäftsfelder der BV-Kasse könnte rasch und ohne grosse Verluste durchgeführt werden: Es gibt genug erfolgreiche, privatwirtschaftliche Unternehmen in der Immobilien-Branche, die sofort alles übernehmen können, von der Immobilien-Entwicklung, über Bau und Management, bis zur Vermietung oder Verkauf. Es gibt genügend erfolgreiche Asset Manager für Aktien und Obligationen Schweiz und Europa; Gambling-Einsätze mit Hedge Funds, Rohstoffe (wohl gar noch Lebensmittel-Rohstoffe!), Emerging Markets, etc gehören nicht zu einer BV-Kasse!

	Problembereiche	Massnahmen	Ergebnisse
6 a	<p>Die erste, oberflächliche Analyse der Tätigkeiten einer grossen PK (BVK) zeigt, dass die wahrscheinliche Ursache für die erfolgten und noch anstehenden Sanierungen, im Geschäftsmodell der PK liegt:</p> <p>Die Kasse hat weitere, Nicht-Kerngeschäftsfelder aus IT-, Finanz-, Immobilien-, Versicherungs-Branche, etc "aufgebaut".</p> <p>Dieses "Insourcing" hat unter dem Strich hohe Verluste gebracht, die direkt aus den Beiträgen der Aktivversicherten gedeckt werden mussten, im Falle BVK einen "Total-Verlust für die Aktivversicherten von 12(!) Jahres-Beiträgen, total ca 16 Mrd Fr!. [2012. Aber es geht weiter so!]</p>	<p>Die Nicht-Kerngeschäftsfelder sind <u>alle prinzipiell wieder abzugeben</u>, an die spezialisierten und erfolgreichen Unternehmen der entsprechenden Branchen.</p> <p>VV in die oben vorgeschlagenen PK-Investitions-Fonds.</p>	<p>Qualitative und quantitative Ergebnisse sind in einer vergleichenden Crash-Analyse aller grossen PKs aufzuzeigen.</p>
6 b	<p>Auch die kleinen PKs, die sich nur aufs Kerngeschäft konzentrieren, arbeiten trotzdem sehr ineffizient, verglichen zB mit den AHV-Kassen (Problem 4a) und in der Zusammenarbeit mit Externen (VV, Versicherungen, Problem 3).</p> <p>Ihre Grösse ist subkritisch für eine Rationalisierung von Abläufen und Projekten.</p>	<p>Dieser Problembereich soll in der unter 4a geforderten</p> <p>Zusammenlegung der kleinen PKs in "voll funktionsfähige Vorsorge-Einrichtungen" mit Einheits-Reglement</p> <p>bearbeitet werden.</p>	
6 c	<p>Das Pflichtenheft einer PK-Verwaltung hat sich gewandelt, seit 1985: Aus der Kasse im Tresor des Buchhalters der Firma, unter direkter Führung des Inhabers, ist eine ausgeklügelte, privatrechtliche Stiftung geworden:</p> <p>Mit allen Risk-Management-, Versicherungsmathematik-, Revisions-, BVV- und Reporting-Auflagen, die auch vom besten Oekonomen nicht mehr ohne externe "Experten", "Berater" und "Revisoren" zu bewältigen sind.</p> <p>Und dabei geht es aber immer noch, wie 1985 darum, 12-mal im Jahr vom Versicherten einen Beitrag einzubuchen oder eine Rente auszubuchen. Diese Buchhaltung könnte jeder Verwalter auf seinem Smartphone in ein paar Sekunden für ein paar Tausend Versicherte rechnen lassen.</p>	<p>Auch die im Geschäftsmodell nach dem "Wieder-Outsourcing" verbleibenden Kern-Funktionen sind zu vereinfachen:</p> <p>Die oben gezeigten pseudo-wissenschaftlichen Berechnungen von verschiedensten Kennzahlen, die schwachsinnige Testierung dieser Berechnungen, die unnütze pro-forma Revision des Jahresberichts, etc., sind ersatzlos zu streichen.</p>	<p>Alle IT kann ersetzt werden durch ein einfaches persönliches Konto des Versicherten:</p> <p>Wo für ihn seine 12 Beiträge oder Bezüge pro Jahr (=ca 12 kB Datenmenge max.), alle transparent verbucht sind.</p> <p>Und wo er mit einer einfachen Gratis-App jederzeit rechnen lassen kann, wieviel Rente er, ab wann, erhalten wird.</p> <p>FAQs werden auf der Website beantwortet, ohne Kopfwahl!</p>